

## A1 Stresstest Demokratie

Gremium: Landesvorstand, Sebastian Striegel (KV Saalekreis)  
Beschlussdatum: 09.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

#### 1 Demokratische und rechtsstaatliche Institutionen 2 krisenfest machen, Beteiligung ausbauen, 3 Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

4 Weltweit stehen Demokratien unter Druck und müssen sich angesichts multipler  
5 Krisen unserer Zeit bewähren. Auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland  
6 haben die ineinander gehenden, massiven und zum Teil maßgeblichen  
7 Herausforderungen – u.a. einer sich verschärfenden Klimakrise,  
8 Verteilungskonflikte, nachwirkende Effekte der Pandemie, globale Unsicherheit  
9 durch Kriege und Terror – demokratische Akteure und Prozesse, rechtsstaatliche  
10 Institutionen und die öffentliche Meinungsbildung unter Stress gesetzt.

11 Insbesondere von den Diktaturen Russland und China gehen in diesen Zeiten  
12 Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen aus, die gezielt auf die  
13 öffentliche Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften weltweit, in Europa  
14 und auch der Bundesrepublik zielen.

15 Wir erleben angesichts der Unsicherheit von Außen und Verunsicherung im Innern  
16 verstärkten Zuspruch für politische Akteur\*innen, die einfachste Lösungen  
17 versprechen. Diese suchen die Schuld für bestehende Probleme bei anderen und  
18 versuchen das Vertrauen in demokratische Institutionen und rechtsstaatliche  
19 Verfahren gezielt zu untergraben und zu zerstören.

20 Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass sich das Vertrauen gegenüber  
21 Politiker\*innen allgemein, gewählten Regierungen und Parlamenten aber auch  
22 demokratischen Institutionen per se verringert hat. Teile der Bevölkerung haben  
23 das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Akteure verloren.

24 Wir sehen hohe Umfrageergebnisse und Wahlerfolge für die extrem rechte AfD auf  
25 Ebene der Kommunen, in den Ländern sowie im Bund.

26 Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. Wir setzen ihnen deshalb  
27 nicht eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Ideen entgegen, weil wir überzeugt  
28 sind: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind es wert, verteidigt zu werden.

29 Demokratie ist der Grundstein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich  
30 frei entfalten können. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger\*innen  
31 einbringen, mitbestimmen und aktiv an der gesellschaftlichen Meinungsbildung  
32 mitwirken. Demokratie ist kein Sport für Zaungäste und Kritik an der Ampel in  
33 Berlin oder der Landesregierung in Magdeburg ist nicht genug. Demokratie braucht  
34 das Mittun aller: in unseren Kommunen, in Sachsen-Anhalt, in der ganzen  
35 Bundesrepublik und auch in Europa.

36 Demokratie ist eine Herausforderung, manchmal eine Zumutung. Demokratie  
37 ermöglicht den lebendigen Wettstreit um die besten Positionen und Ideen. Wo aber

38 dieser Wettstreit zunehmend in einem Umfeld des Hasses, der Hetze, der  
39 Diskriminierung und Verrohung stattfindet, ist nicht nur eine angemessene  
40 öffentliche Debatte, sondern letztlich auch die Demokratie selbst in Gefahr. Aus  
41 verhetzenden Worten im Netz und auf der Straße werden Gewalttaten, wird rechter  
42 Terror. Aus rassistischen Phantasien rechtsextremer Akteure werden konkrete  
43 Pläne, wie sie beim Deportationstreffen u.a. der AfD in Potsdam wenig  
44 überraschend zusammengetragen und diskutiert wurden.

45 Mehr als vier Millionen Menschen sind in den vergangenen Monaten gegen die AfD  
46 und den gesellschaftlichen Rechtsruck unter dem Motto #niewiederistjetzt auf die  
47 Straße gegangen. Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben Menschen in kleinen und  
48 in großen Orten, in Städten und Dörfern für unsere Demokratie demonstriert: In  
49 Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Haldensleben, in  
50 Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, Wernigerode, Halberstadt,  
51 Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle,  
52 Sangerhausen, Eisleben, Schkopau, Schnellroda, Weißenfels, Naumburg, Zeitz und  
53 anderswo.

54 Diese Demonstrationen haben die von der AfD in die Welt gesetzte Lüge, sie seien  
55 das Volk und eine Mehrheit in diesem Lande stünde hinter ihr, zusammenbrechen  
56 lassen. Diese Demonstrationen haben Menschen, gerade in den ländlichen Räumen,  
57 neuen Mut gebracht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und  
58 andere Formen der Ausgrenzung zusammenzustehen. Sie haben Menschen vernetzt und  
59 zum (kommunal-)politischen Engagement ermutigt. Die mit Abstand größten  
60 Demonstrationen seit 1990 blieben bislang aber ohne politische Konsequenz. Die  
61 Forderungen der Demonstrierenden nach Stärkung der demokratischen Institutionen,  
62 Nutzung von Instrumenten der wehrhaften Demokratie gegen Verfassungsfeind\*innen,  
63 Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer Verhinderung des Rechtsrucks  
64 unserer Gesellschaft sind bislang verhallt. Das muss sich ändern. Und dafür  
65 wollen wir als Grüne in Sachsen-Anhalt eintreten.

## 66 **Den Rechtsstaat verteidigen, demokratische** 67 **Institutionen krisenfest machen**

68 Angesichts von (kommunalen) Wahlerfolgen und hohen Umfragewerten für eine  
69 verfassungsfeindliche Partei wie der AfD reicht es nicht aus,  
70 zivilgesellschaftliche Demonstrationen und bürgerschaftlich, antifaschistisches  
71 Engagement zu begrüßen. Demokratie und Rechtsstaat müssen gegen die Feind\*innen  
72 der Freiheit wehrhaft werden. Das Instrumentarium dafür ist da. Wir streiten  
73 dafür, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bereitgestellten  
74 Instrumentenkoffer der wehrhaften Demokratie zu nutzen und, wo notwendig,  
75 auszubauen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die AfD darf nicht Anliegen  
76 von Zivilgesellschaft allein sein, sondern muss endlich auch eine staatliche  
77 Aufgabe werden.

78 Der Entzug der Parteienfinanzierung für eine verfassungsfeindliche Partei oder  
79 die Feststellung deren Verfassungswidrigkeit ist keine politische, sondern  
80 zuvörderst eine juristische Frage. Entscheidungen über entsprechende Anträge der  
81 zuständigen Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat müssen  
82 auf Grundlage gefestigter Erkenntnisse getroffen werden.

83 Wir fordern deshalb, eine bundesweit zentrale Task Force einzurichten, die  
84 Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter und der Zivilgesellschaft zur AfD und  
85 verfassungsfeindlichen Bestrebungen ihrer Mitglieder fortlaufend zusammenführt  
86 und parallel ihre Relevanz für einen Verbotsantrag bewertet. Ein etwaiges  
87 Verbotsverfahren braucht eine umfangreiche Materialsammlung mit handfesten  
88 Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Nur auf Grund einer  
89 solchen Materialsammlung können die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag  
90 oder einen Entzug der Parteienfinanzierung juristisch fundiert beurteilt werden.

91 Wir fordern den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, den Blick auf verfassungs- und  
92 parlamentsrechtliche Fragestellungen zu lenken, mit denen das Parlament seine  
93 Krisenfestigkeit auch für den Fall erhöhen kann, dass eine rechtsextreme  
94 Fraktion stärkste Kraft wird oder mehr als ein Drittel der Mandate erringt. Wir  
95 werden uns mit unseren Abgeordneten im Landtag dafür einsetzen, eine  
96 konstruktive Debattenkultur zu stärken, und denjenigen entgegenzutreten, die im  
97 Parlament nur eine Bühne für verfassungsfeindliche Propaganda suchen.

98 Wir setzen uns dafür ein, das Verfassungsgericht des Landes noch resilienter zu  
99 machen. Wir wollen neben der bereits auf Ebene der Verfassung geregelten  
100 Zusammensetzung und dem Wahlmodus auch die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit  
101 des Verfassungsgerichts weiter absichern und dazu die Organisationshoheit und  
102 die Bindungskraft seiner Entscheidungen unmittelbar in der Verfassung verankern.

103 Wer sich als Beamt\*in in den öffentlichen Dienst stellen will, unterliegt  
104 besonderen Treuepflichten gegenüber der Verfassung. Wir sichern ab, dass nur  
105 diejenigen zu Beamt\*innen ernannt werden können, die Gewähr für die Einhaltung  
106 dieser besonderen Treuepflicht bieten. Wer sich als Beamt\*in  
107 verfassungsfeindlich betätigt, muss aus dem Dienst entfernt werden. Für einen  
108 effizienteren Vollzug wollen wir die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren in  
109 der Landesverwaltung bündeln. Wir werden zudem alle rechtlichen Möglichkeiten  
110 nutzen, um Mitglieder erwiesener extremistischer Parteien aus dem Staatsdienst zu  
111 entfernen.

112 Eine besondere Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
113 kommt staatlicherseits der Polizei zu. Wir wollen auch die Polizei als  
114 Institution demokratiefest machen. Dafür stärken wir die Fehlerkultur der  
115 Organisation, setzen Schwerpunkte in der Aus- und Fortbildung um demokratische  
116 Werte der Beamt\*innen zu stärken und schaffen das Amt eines\*einer unabhängigen  
117 Polizeibeauftragten.

118 Mit Blick auf mögliche Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Kandidat\*innen in den  
119 Kommunen muss auch auf kommunaler Ebene nachgesteuert werden. Kommunen sind  
120 keine rechtsfreien Räume. Um Freiheit und Demokratie auch bei rechtsextremen  
121 Mehrheiten in den Kommunalparlamenten bzw. bei rechtsextremen  
122 Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen strukturell zu sichern, wollen wir einen  
123 Kontrollmechanismus für die kommunale Ebene erarbeiten und die  
124 kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten stärken.

125 Wir wollen Verfassungsfeind\*innen konsequent entwaffnen. Dabei setzen wir auf  
126 restriktive Regelungen einerseits und einen effizienten Vollzug andererseits.  
127 Wir fordern, die Waffenbehörden in Sachsen-Anhalt personell besser auszustatten.

---

## 128 **Transparenz schaffen, demokratische Beteiligung** 129 **ausbauen**

130 In unseren Städten und Gemeinden wird Demokratie vor Ort gelebt. Am 9. Juni 2024  
131 wählen wir auch in Sachsen-Anhalt die kommunalen Vertretungen neu. Als  
132 Bündnisgrüne gehen wir mit knapp 500 Kandidierenden, darunter mehr als 40  
133 Prozent Frauen, in den Kampf um 749 Ämter.

134 Wir wollen, dass in den neu gewählten kommunalen Vertretungen mehr Transparenz  
135 für Bürger\*innen herrscht. Wir setzen uns dafür ein, die Gremiensitzungen aller  
136 Kommunalparlamente live zu übertragen und im Nachhinein digital abrufbar zu  
137 gestalten, um die Information aller Bürger\*innen zu ermöglichen. Anträge,  
138 Drucksachen, Stellungnahmen und Informationen sollen online für alle  
139 Interessierten abrufbar sein.

140 Wir begrüßen, dass erste Kommunen bereits mit der aktualisierten und digitalen  
141 Bereitstellung ihres Kommunalrechts begonnen haben. Entsprechende Angebote  
142 wollen wir landesweit etablieren.

143 Niemand ist Einwohner\*in zweiter Klasse! Wer von Herrschaft betroffen ist, muss  
144 deshalb auch mitentscheiden können. Daher streiten wir für ein Wahlrecht aller  
145 dauerhaft in einer Kommune wohnenden Bürger\*innen ab 14 Jahren unabhängig von  
146 der Staatsangehörigkeit.

147 Selbiges gilt für die Möglichkeit, Bürger\*innenbegehren sowie  
148 Bürger\*innenentscheide zu beantragen. Das Instrument der Bürger\*innenhaushalte  
149 mit einer direkten Möglichkeit der Einflussnahme der Bürger\*innen auf die  
150 Ausgaben in der Kommune wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

151 Die auch auf bündnisgrüne Initiative in den letzten Jahren abgesenkten Quoren  
152 für Elemente der direkten Demokratie haben sich bewährt.

153 Neben bereits etablierten Instrumenten direkter Demokratie setzen wir auf neue  
154 Partizipations- und Beteiligungsformen für Bürger\*innen. Ein Instrument der  
155 Bürger\*innenbeteiligung im Dialogformat stellen so genannte Bürger\*innenräte  
156 dar. Sie werden per Zufallsverfahren zusammengerufen, um die Vielfalt der  
157 Bevölkerung abzubilden und diskutieren zu ausgewählten Themen lokaler oder  
158 überörtlicher Bedeutung über einen begrenzten Zeitraum. Ihre Hinweise und  
159 Empfehlungen sollen dann die Institutionen bzw. die gewählten Räte in der  
160 Entscheidungsfindung gerade über kontroverse Fragen begleiten, beraten und  
161 stärken, aber nicht deren Entscheidung ersetzen.

162 Wir befürworten die Verabschiedung von konkreten Beteiligungssatzungen, um diese  
163 rechtssicher und verbindlich zu gestalten. Weiterhin setzen wir uns dafür ein,  
164 dass es für kleine und mittlere Kommunen Unterstützungsangebote für die  
165 Durchführung von Bürger\*innenbeteiligungen auf Landes- und Bundesebene, wie die  
166 Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg,  
167 gibt.

---

## 168 **Zivilgesellschaft stärken und unterstützen**

169 Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter  
170 wachsen kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, für die alle  
171 staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

172 Wir appellieren deshalb an unsere Partner auf Bundesebene, das im  
173 Koalitionsvertrag vereinbarte Demokratiefördergesetz endlich im Bundestag zu  
174 beschließen. Es sichert eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für  
175 Demokratieinitiativen und -projekte im gesamten Land.

176 Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische  
177 Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes  
178 organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen.  
179 Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und  
180 weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen  
181 wir ausbauen.

182 Wir stehen zum Landesnetzwerk Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage.

183 Wir fordern die Landesregierung auf, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz  
184 zu erhalten.

185 Ob Heimatverein, Omas gegen Rechts, Umweltverband, Klimainitiative oder  
186 Sportverein. Die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft ist Aufgabe  
187 aller Akteur\*innen in der Zivilgesellschaft. Wir befähigen sie dazu.

## 188 **Eine starke und offene Gesellschaft wächst im** 189 **Kleinen und vor der eigenen Haustür**

190 Der gerade in dieser Zeit notwendige Zusammenhalt in unserer Gesellschaft  
191 entsteht, wenn Menschen gemeinsame Erfahrungen machen und andere Perspektiven  
192 kennenlernen können. Begegnungen und Interaktionen stärken das  
193 Gemeinschaftsgefühl, verringern Berührungsängste und sind die beste Prävention  
194 gegen Vorurteile und Ignoranz. Unsere Gesellschaft funktioniert nur im  
195 gegenseitigen Verständnis für die Lebensumstände anderer und das Suchen nach dem  
196 gemeinsamen Fundament.

197 In der eigenen Straße, dem gemeinsamen Dorf oder Kiez entsteht Gemeinschaft und  
198 Gemeinsinn, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Uns ist bewusst:  
199 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft und trägt ein großes  
200 Potential in sich. Damit diese Nachbarschaft in Stadt und Land gelebt werden  
201 kann, braucht es öffentliche Räume, Orte, Treffpunkte und Einrichtungen in denen  
202 Nachbarschaft stattfinden kann. Wir setzen uns daher für eine Art von Stadt- und  
203 Ortsentwicklung ein, die den Menschen und soziale Interaktionen in den Fokus  
204 nimmt. Wir setzen auf Orte der Begegnung, auf mehr Raum für Straßen- und  
205 Vereinsfeste und ihre unbürokratische und hürdenarme Beantragung. Darüber hinaus  
206 wollen wir mehr Orte der Begegnung in öffentlichen Einrichtungen fördern und  
207 erhalten, sei es in Kunst- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken oder durch die  
208 Förderung von Genossenschaftsmodellen für den Erhalt der Dorfkneipe.

209 Die sachsen-anhaltische Zivilgesellschaft ist schon heute stark und breit  
210 aufgestellt. Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Bürger\*inneninitiativen und lose

- 211 Nachbarschaftsgruppen schaffen schon heute Möglichkeiten der Begegnung. Und  
212 daher sind sie der beste Kitt für den Zusammenhalt dieser, unserer Gesellschaft.